6238/AB
vom 04.11.2026 zu 6848/J (XXVIII. GP)

Bundesministerium
Bildung

bmb.gv.at

+43 1 531 20-0
Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.753.215

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 6848/J-NR/2026 betreffend Fachkräftemangel durch Abwerbung qualifizierter Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Bereich, die die Abgeordneten zum Nationalrat Christoph Steiner, Kolleginnen und Kollegen am 4. September 2026 an mich richteten, darf ich anhand der mir vorliegenden Informationen wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 bis 5 sowie 13 bis 16:

- *Ist Ihrem Ressort bekannt, in welchem Ausmaß Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Bereich wechseln?*
- *Liegen Ihrem Ressort statistische Daten über den Wechsel von Arbeitnehmern aus privaten Unternehmen zu Gemeinden, Ländern, Bundesdienststellen, staatsnahen Unternehmen oder sonstigen öffentlichen Arbeitgebern vor?*
- *Wie viele Arbeitnehmer wechselten in den Jahren 2019 bis 2025 aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Bereich?*
- *In welchen Berufsgruppen wurden die meisten Wechsel aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Bereich verzeichnet?*
- *Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung nach Einschätzung Ihres Ressorts auf den Fachkräftemangel in der österreichischen Privatwirtschaft?*
- *Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung, um die Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft gegenüber öffentlichen Arbeitgebern am Arbeitsmarkt zu stärken?*
- *Ist vorgesehen, die Personalpolitik öffentlicher Arbeitgeber künftig stärker mit den Bedürfnissen der österreichischen Wirtschaft abzustimmen?*
- *Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort auf die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft, wenn sich der Trend zur Abwanderung qualifizierter Fachkräfte in den öffentlichen Bereich fortsetzt?*

- *Wie viele offene Stellen wurden in den Jahren 2020 bis 2025 bei Bundesdienststellen, ausgegliederten Rechtsträgern des Bundes, staatsnahen Unternehmen sowie Unternehmen mit Bundesbeteiligung ausgeschrieben, bei denen ausdrücklich Personen mit Berufserfahrung aus der Privatwirtschaft angesprochen oder bevorzugt wurden? (Bitte um Aufschlüsselung nach Dienststelle bzw. Unternehmen)*

Hinsichtlich der Fragen betreffend statistische Daten samt deren Interpretation ist darauf hinzuweisen, dass dem Bundesministerium für Bildung mangels Vollzugszuständigkeit weder Daten zum gesamten öffentlichen Bereich vorliegen noch Arbeitsmarktstatistiken der Statistik Austria bekannt sind, die spezifisch einen reinen Wechsel von Arbeitnehmern aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Dienst quantifizieren würden. Die Ermittlung solcher Zahlen fällt primär in den Aufgabenbereich der allgemeinen Arbeitsmarkt- und Statistikinstitutionen.

Die Privatwirtschaft und der öffentliche Dienst sind mit Herausforderungen im Hinblick auf die demografische Entwicklung, Digitalisierung sowie den Wandel der Arbeitswelt konfrontiert (Personalentwicklung – Öffentlicher Dienst). Im Rahmen des bewährten dualen Ausbildungssystems, der Kombination aus Unterricht und praktischer Arbeit, werden Lehrlinge zu Fachkräften ausgebildet: Der Ausbildungsbetrieb vermittelt die praktische Erfahrung und bringt den Auszubildenden die Arbeitsabläufe direkt im Berufsalltag bei und die Berufsschule vermittelt das theoretische Hintergrundwissen und die Allgemeinbildung.

Die zentrale Aufgabe des Bundesministeriums für Bildung ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Schulen zu schaffen. Das österreichische Bildungssystem ist das Fundament für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und trägt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bei. Dies geschieht durch kontinuierliche Modernisierung der Lehrpläne im Bereich der Digitalisierung, Künstlichen Intelligenz und Nachhaltigkeit, oder Ausbildungsoffensiven in Mangelbereichen, etwa durch verstärkte Investitionen in MINT-Fächer. Das Handlungsfeld im Rahmen der Jugendstrategie zielt darauf ab, Jugendlichen durch qualitätsvolle Ausbildung und Berufsorientierung einen nahtlosen und erfolgreichen Übergang in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Die Ausbildung von Fachkräften stellt grundsätzlich einen gesellschaftlichen Mehrwert dar, unabhängig davon, ob diese später im privaten oder öffentlichen Sektor tätig sind. Ein Austausch zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Bereich ermöglicht Innovation, Flexibilität sowie Erfahrungen, von denen alle profitieren. Das Bildungsministerium geht davon aus, dass insbesondere die Stärkung der beruflichen Bildung, hier insbesondere der Lehre und der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie gezielte Weiterbildungsangebote entscheidend sind.

Zu den Fragen 6 bis 12:

- *Liegen Ihrem Ressort Untersuchungen oder Erhebungen vor, wonach die Lohnpolitik öffentlicher Arbeitgeber zur Verschärfung des Fachkräftemangels in privaten Unternehmen beiträgt?*
- *Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung, um eine weitere Abwanderung qualifizierter Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Bereich zu verhindern?*
- *Werden im Rahmen der Budgetkonsolidierung auch Personalaufnahmen in öffentlichen Unternehmen, Gemeinden, Landesgesellschaften oder staatsnahen Betrieben hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt evaluiert?*
- *Ist vorgesehen, bei öffentlichen Arbeitgebern verstärkt auf die Ausbildung eigener Fachkräfte zu setzen, anstatt bereits ausgebildete Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft abzuwerben?*
- *Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung, um Ausbildungsbetriebe, die erhebliche Mittel in die Qualifizierung neuer Mitarbeiter investieren, besser zu unterstützen?*
- *Liegen Ihrem Ressort Daten darüber vor, welche Kosten privaten Unternehmen durchschnittlich durch die Einschulung und Ausbildung neuer Fachkräfte entstehen?*
- *Welche volkswirtschaftlichen Schäden entstehen nach Einschätzung Ihres Ressorts dadurch, dass private Unternehmen Fachkräfte ausbilden, diese jedoch kurz darauf in den öffentlichen Bereich wechseln?*

Die Besoldung für den öffentlichen Dienst im Bundesbereich wird vom Bundesgesetzgeber durch dessen Beschlussfassungen festgelegt, für den Landes- und Gemeindebereich erfolgt die Regelung über landesspezifische Gehalts- und Dienstrechtsgesetze. Im Übrigen betreffen arbeitsmarktspezifische Fragestellungen, Unterstützungen privater Unternehmen bei der innerbetrieblichen Ausbildung und deren Kostenstrukturen ebenso wie etwaige Analysen zur Lohnstruktur und zu Wettbewerbswirkungen zwischen öffentlichem und privatem Sektor keine Gegenstände der Vollziehung des Bundesministeriums für Bildung.

Im Bereich des Bundesministeriums für Bildung gibt es auch kein „Abwerben“ von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von privaten Unternehmen. Im Bildungsbereich selbst (z.B. Lehrkräftebedarf) werden Personalaufnahmen vor allem nach pädagogischem Bedarf, Schülerzahlen, gesetzlichen Vorgaben und Qualitätsanforderungen geplant.

Aus Sicht des Bildungsministeriums ist die Ausbildung eigener Fachkräfte durch öffentliche Arbeitgeber ein zentrales Element, um nachhaltige Personalversorgung sicherzustellen. Die Lehrerbildung an pädagogischen Hochschulen und Universitäten sowie eine Kombination aus praktischer Berufserfahrung und öffentlichen Dienst sind wesentliche Bausteine zur Sicherstellung der Qualität öffentlicher Leistungen.

Im Rahmen der Ressortstrategie „Klasse Job“ trägt ein breit gefächertes Maßnahmenpaket zur Attraktivierung des Lehrberufs und dadurch zur nachhaltigen Sicherstellung der Versorgung mit qualifiziertem pädagogischem Personal bei. Um den Erfahrungsraum von Schule zu erweitern, sollen dabei auch Personen als Pädagoginnen und Pädagogen gewonnen werden, die über einen Quereinstieg oder im Zweitberuf in einer Schule unterrichten. Sie bringen aktuelle Praxiserfahrung, Wirtschaftskompetenz und neue Perspektiven direkt in die Klassenzimmer und sichern so die Qualität der Ausbildung der nächsten Generation, was letztlich wieder der Wirtschaft in Form von besser qualifizierten Nachwuchskräften zugutekommt.

Der Einstieg in den Lehrberuf über den Quereinstieg in der Sekundarstufe Allgemeinbildung sowie über die Ressort-Strategie „Klasse Job“ verfolgt das Ziel, Personen mit geeigneter Berufserfahrung sowie entsprechendem Studienhintergrund als Lehrkräfte einzusetzen. Ebenso ist das Ziel dieser Maßnahmen eine Attraktivierung des Berufs als Lehrkraft, die keinesfalls als ein volkswirtschaftlicher Schaden gesehen wird. Im Gegenteil handelt es sich hier um einen gesellschaftlichen Auftrag, der eine Investition in die Bildung der Kinder und Jugendlichen darstellt, die unsere Fachkräfte von morgen sind. Durch die Verbindung von Praxiserfahrung aus anderen Berufsfeldern zusammen mit einer pädagogischen Qualifizierung im Rahmen eines berufsbegleitenden Hochschullehrgangs an der Pädagogischen Hochschule wird die Diversität und Qualität des Lehrkörpers gestärkt und zugleich in zukünftige Fachkräfte investiert. Der Bildungsbereich sorgt insbesondere über die Lehrkräfteausbildung sowie eine breitgefächerte praxisnahe Fort- und Weiterbildung an Pädagogischen Hochschulen selbst für einen kontinuierlichen Nachschub an qualifizierten Fachkräften, die als ausgebildete Lehrkräfte ihre Kompetenzen zum Teil auch wieder in die Privatwirtschaft einbringen.

Abschließend wird für den Bereich des im Ministerium und den nachgeordneten Dienststellen des Bundesministeriums für Bildung tätigen Bundesverwaltungspersonals darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung Einsparungen im Bereich des Verwaltungspersonals bis Ende 2029 beschlossen hat. Das Bundesministerium für Bildung wird die vorgegebenen Einsparungen einhalten, wobei die Umsetzung überwiegend durch die Nicht-Nachbesetzung nach Pensionierungen erfolgen soll.

Wien, 4. November 2026

Christoph Wiederkehr, MA



Unterzeichner	Bundesministerium für Bildung
Datum/Zeit	2026-11-04T10:07:58+01:00
Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-07,OU=a-sign-corporate-07,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
Serien-Nr.	2097799830
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: http://www.signaturpruefung.gv.at. Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: http://www.bmb.gv.at/verifizierung.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-11-04T10:19:31+01:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	